

Nachrichten für Raunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Cöln, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfeldberg, Klinga, Köhna, Lindhardt, Pomßen, Staadtzig, Therna usw.)
 Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtgemeinderates zu Raunhof; es enthält die Bekanntmachungen des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Grimma und des Finanzamtes zu Grimma.

Er scheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nach 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich ohne Austragen 1.50 Mk., Post ohne Beleggeld monatlich 1.50 Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Zeile 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., amilich 30 Pfg., Reklametext (Bsp.) 40 Pfg. Tabell. Satz 50%, Auflösl. Bei unbedeutend geringen, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Irrtümer nicht haftbar.

Veruml: Amt Raunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Güntz & Söhne, Raunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 58

Dienstag, den 13. Mai 1924

35. Jahrgang

Amtliches.

Verlegung von Geschäftsräumen.

Vom 16. Mai 1924 ab werden die in der Bezirksanleihe Grimma, Turnerstraße 2, untergebrachten Abteilungen für Gewerbe- und Wohnungsangelegenheiten sowie das Grundsteueramt in das Dienstgebäude der Amtshauptmannschaft Grimma, am 12. Mai 1924.

Stadtverordnetenitzung.

Donnerstag, den 15. Mai 1924, abends 7 Uhr.
 Tagesordnung befindet sich im Rathhaus am Vrefl.

Öffentliche Impfungen.

Die diesjährigen öffentlichen unentgeltlichen Impfungen sollen Donnerstag, den 15. Mai 1924 nachmittags 1 Uhr im Rathhaussaal vorgenommen werden.

- Zur Impfung vorzulassen sind die Kinder, die
- 1) in Raunhof im Jahre 1923 geboren sind,
 - 2) nach Ausweis der Impflisten der vorhergehenden Jahre der Impfpflicht nicht Genüge geleistet und
 - 3) im vorigen Jahre oder im laufenden Jahre in Raunhof zugezogen sind, und ihrer Impfpflicht noch nicht genügt haben.
- Die Eltern, Pflegeeltern und Vormünder solcher Kinder werden hierdurch aufgefordert, diese mit reinigungsverfahren Körper und reinlich gekleidet zu dem anberaumten Termin und zur Vornahme der Impfung zu bringen oder die Befreiung von der Impfung durch ärztliches Zeugnis im Impftermine nachzuweisen, bezw. um die Befreiung beim Vorzeigen der Kinder im Impftermine nachzuweisen. Eine Woche nach der Impfung, also

Donnerstag, den 22. Mai 1924 nachmittags 1 Uhr sind die geimpften Kinder im Impfraum zur Nachschau vorzulassen. Eltern, Pflegeeltern und Vormünder, deren Kinder und Pflegebefohlenen ohne geschäftlichen Grund und trotz der gegenwärtigen Aufforderung der Impfung oder dem ihr folgenden Nachschauermine entzogen geblieben sind, werden auf Grund von § 14 des Reichs-impfgesetzes vom 8. April 1874 mit Geldstrafe bis zu 75 Mk. oder mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft.

Nach diesen gesetzlichen Bestimmungen werden Eltern, Pflegeeltern und Vormünder mit einer Geldstrafe bis zu 20 Mk. bedroht, die den Impfbefreiungsnachweis für ihre Kinder, Pflegekinder und Minderjährige zu führen und innerhalb der vorgeschriebenen Zeit vorzulegen unterlassen.

Zur Verhütung der Übertragung ansteckender Krankheiten wird bestimmt, daß aus einem Hause, in welchem ansteckende Krankheiten wie Scharlach, Masern, Diphtherie, Croup, Keuchhusten, Flechttyphus, rosenartige Entzündungen oder die natürlichen Pocken vorkommen, die Impfungen nicht zu dem allgemeinen Impftermine gebracht werden dürfen.
 Raunhof, am 10. Mai 1924. Der Bürgermeister.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Reichspräsident Ebert, Reichskanzler Dr. Marx sowie die übrigen Reichs- und Staatsminister sind aus Köln nach Berlin zurückgekehrt.
- * Der Reichstag soll nunmehr bestimmt am 27. Mai eröffnet werden.
- * In Hamburg soll ein türkisches Generalkonsulat für Deutschland errichtet werden.
- * In Frankreich ergaben die Wahlen zur Kammer eine starke Niederlage des von Poincaré geleiteten Nationalen Bloks.
- * Die Abkündigung der englischen Kohlenverträge hat eine Mehrheit für den Streik ergeben. Die Kohlenverträge von England aus werden daher Witthood ausbleiben.
- * Der amerikanische Senat hat eine Herabsetzung der Einkommensteuer um 2% und eine Reihe von Herabsetzungen bei fast allen anderen Steuern beschlossen.

„Wir wollen leben!“

Die Kölner Messe wurde im Festsaal des Gürzenich feierlich in Gegenwart des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers und zahlreicher Minister des Reiches und Preußens eröffnet.

Es ist ein schwerer Kampf, den Deutschland um seinen Rhein führt, ein Kampf, den es führen mußte, immer noch führen muß nicht nur gegen jene, die ihn nicht haben wollen, sondern nicht minder gegen irrtümelnde oder irreführende Volksgenossen. Die vielerörterte Abneigung des Rheinländers, die auf historische und konfessionelle Ursachen zurückging, ist eigentlich nur noch eine Sage des älteren Geschlechts. Die Entwicklung ging rückwärts. Nicht nur der wirkliche Separatismus, der eine Trennung des Rheinlandes vom Reich erstrebte, wurde schwächer, bis er in blutigen Kampf niedergeschlagen wurde, trotz französischer Hilfe, auch die Pläne einer Schaffung eines Rheinlandes im Rahmen des Reichs sind als gescheitert anzusehen. Das Gefühl dafür, daß man selbstverständlich immer beim Reich, daß man aber auch bei Preußen bleiben müsse, ist nicht bloß von Siegenerwald schon vor 3 Jahren in seiner Essener Rede ausgesprochen worden; auch viele, die früher anders dachten und — handelten, haben sich bekehrt.

Der Kampf um Rhein und Ruhr, der Eroberungs- trieb der Franzosen ist kein anderer. Was wirklich in der Treibhausluft französischer Phrasen emporgehoben war, wurde vernichtet durch die Taten, die seit dem 11. Januar 1923 an Rhein und Ruhr geschahen. Das dünne, kleine Pfändchen der deutsch-französischen „Verständigung“ am

Poincarés Wahlniederlage

Rud nach links in Frankreich.

Der Nationale Bloks geschlagen.
 Der Wahlsonntag ist in Frankreich im allgemeinen ruhig verlaufen. Die Wahlbeteiligung war überall recht stark, man rechnet mit einer Beteiligung von etwa 85% der Gesamtbevölkerung. Der bisher herrschende Nationale Bloks mit Poincaré an der Spitze scheint nach allen bisher vorliegenden Nachrichten eine schwere Niederlage erlitten zu haben. Auch die nicht zum nationalen Regierungsbloks zählenden, als Rechtsopposition bezeichneten Parteien sind stark zurückgedrängt worden. Ihre Führer sind vielfach nicht wiedergewählt. Dagegen hat die Linke bedeutend an Boden gewonnen. Die Sozialisten zählten rund 100 Sitze in der Kammer für sich. Ob der Nationale Bloks in die Minderheit gedrängt ist, müssen die endgültigen Resultate erst ergeben.

Nach den bis Montag erzielten Feststellungen verteilten sich die erzielten Mandate folgendermaßen: Rechtsrepublikaner 103, Konservativer 11, Linksrepublikaner 71, Dissidierende Radikale 35, Radikale und Sozialistisch Radikale 11, Sozialistische Republikaner 32, Sozialisten 78, Kommunisten 14, Stichwähler 4, zusammen 449. Nach einem Rundspruch hat es den Anschein, als ob die Gruppen der Linken eine Mehrheit von 30 Stimmen in der Kammer erhalten.

Der sogenannte linke Bloks setzt sich zusammen aus den radikalen Sozialisten, aus den unabhängigen Sozialisten und den Sozialisten. Die radikalen Sozialisten gewinnen 49 und verlieren 6 Mandate, die unabhängigen Sozialisten gewinnen 8 und verlieren 4, die Sozialisten ge-

Wahlniederlage und verlieren 4 Sitze. Insgesamt ist ein Gewinn von 76 Sitzen für den linken Bloks festzustellen.

Nicht wie der gewählte sind von bekannten Männern die früheren Minister Manoury und de Laferrière, ferner der frühere Kriegsminister Lesèvre, der Abgeordnete Mandel, der Kammerpräsident Clemenceau. Auch mit der Niederlage Tardeus muß gerechnet werden; der Vizepräsident der Kammer d'Aubigny, der Kavalier Danby, Rouleau, der frühere Vizepräsident in Petersburg sowie der General Castelnau sind geschlagen.

Wiedergewählt wurden u. a. der Vorsitzende der Kammer Peret, die bekannten Kommunisten Marly und Doriot. Vom Bloks der Linken ziehen Perriot, Malou, der Sozialistenführer, Renaudel und Briand ein. Auch Leon Blum und der Bruder des ermordeten Jaurès, Admiral a. D. Jaurès, ist gewählt.

Rücktritt Poincarés gefordert.

Mehrere Pariser Blätter verlangen bereits den ungesäumten Rücktritt des Präsidenten und des Kammerpräsidenten. So sagt der „Quotidien“ unter der Überschrift „Es ist Zeit, zu gehen“: Frankreich spottet die Politik des Nationalen Bloks aus. Präsidenten, es ist Zeit, daß Ihr Eurek Weges geht. „Le Nouvelliste“ erklärt: „Der nationale Bloks ist zerfallen. Die Glenden, die Frankreich ruinieren wollten, sind von dem erbitterten Volk zum Teufel gejagt. Jetzt kann Poincaré ermessen, wie unpopulär seine Politik gewesen ist. Er muß mit der Linken regieren und die Linke will den Frieden.“ „Deuvre“ schreibt: Frankreich wird wieder republikanisch, und der Nationale Bloks ist nur ein böser Traum gewesen.

Lebensjahre älteste und, wenn es ablehnt, das nächstälteste Mitglied den Vorschlag, bis ein neu gewählter Präsident oder ein neu gewählter Stellvertreter das Amt übernimmt. In der ersten Sitzung ernannt der Vorsitzende vorläufig vier Mitglieder der Schriftführer. Darauf läßt er die Namen der Mitglieder aufrufen, um die Beschlußfähigkeit festzustellen, zu der die Anwesenheit von mehr als die Hälfte der Mitglieder erforderlich ist. Nach der Feststellung der Beschlußfähigkeit soll sofort die Wahl des Präsidenten vorgenommen werden. Es ist aber üblich, daß diese Wahl in einer zweiten Sitzung erfolgt, da darüber immer Verhandlungen unter den Fraktionen erforderlich sind.

Der deutsche Tag in Halle.

Einweihung des Nolke-Denkmal. Blütige Zusammenkünfte zwischen Schupo und Kommunisten. — Tote auf beiden Seiten.

Die Feier war veranstaltet worden zur Einweihung der neuen Nolkestatue am Halleischen Denkmal für Kaiser Wilhelm I. Die Erneuerung war notwendig geworden, weil Freiwächter das frühere Bildwerk des Schützenlenkers in der Neujahrsnacht 1923 zerstört hatten. Der Aufruf der vaterländischen Verbände zur Teilnahme an der Feier hatte Gegenbestrebungen bei den Kommunisten ausgelöst, die als Demonstration einen „Arbeitertag“ nach Halle zum gleichen Datum einberiefen. Dieser „Arbeitertag“ wurde aber verboten. Die Kommunisten kündigten an, daß sie auch trotz des Verbots Kundgebungen veranstalten würden. So standen die Dinge.

Dem Aufruf zur Einweihung hatten zahlreiche Verbände aus ganz Deutschland Folge geleistet, vorzugsweise sah man unter den festgestellten Deputationen von Stadtteil- und Berufsorganisationen, dann auch Biking- und Kriegervereine u. a. Die Stadt war festlich geschmückt. Eine Kompanie des ehemaligen Regiments Nolke aus Magdeburg war von der Regierung nach Halle abgeordnet worden. Unter den Gästen waren General Ludendorff, Generaloberst v. Heeringen, General v. Helldorf, die Admirale Tirpitz und Scheer, Graf Ludner und Prinz Oskar von Preußen. Im Anschluß an vorhergehende Gottesdienste fanden Versammlungen in 18 Sälen statt, bei denen zahlreiche Ansprachen gehalten wurden.

Die Enthüllung des Denkmal

selbst ging angeführt vor sich. Zahlreiche Musikchöre spielten, um das Denkmal hatte sich ein Wald von Fahnen aufgestellt, etwa hunderttausend Menschen nahmen Teil an der Feier. Anwesend war auch Prinz Oskar von Preußen. Oberstleutnant a. D. Däberberg hielt die Weiderede. Dann fiel unter dem Gelächter der Kirchenglocken die Halle von dem Standbild. Nach dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes mit der neuen Schlusfrophe: Und im Unglück nun erst recht! erfolgte der Abmarsch der Fahnenkolonnen nach der Pferderennbahn, wohin sich andere Festteilnehmer schon vorher begeben hatten. Auf der Rennbahn wickelte sich der fast vier Stunden dauernde Abmarsch vor Generaloberst v. Heeringen, als dem ältesten Offizier des früheren Heeres, und den Abrieten Ehrenmästen ab. Nach dem Vorbemarsch durchzogen die Verbände die Stadt und begründeten das neu errichtete Standbild, bevor sie abzogen.

Der Kampf zwischen Kommunisten und Polizei entstand in der Hauptsache beim vor den Toren von Halle liegenden Dorfe Bormilb. Eine Abteilung der Schutz-

Reichstag am 27. Mai.

a. Berlin, 12. Mai.

Die Einberufung des Reichstages wird, wie nunmehr mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden kann, für Dienstag, den 27. Mai, erfolgen. Die Vorbereitungen für die ersten Fraktionssitzungen. Der zur Überwachung der Durchführung des Personalabbaus bestehende Ausschuss wird noch einmal einige Tage vor Beginn des Wensums eine Sitzung abhalten.

Als Alterspräsident, dem in einer neuen Wahlperiode die Eröffnung des Reichstages obliegt, dürfte der sozialdemokratische Abgeordnete Post-Gotthardt in Frage kommen. Er ist am 28. April 1846 geboren, steht also im 79. Lebensjahre. An Lebensalter folgen ihm sodann die Abgeordneten Spahn-Zentrum und Jubelt von der Sozialdemokratischen Partei.

Die erste Sitzung des Reichstages nach seiner Neuwahl vollzieht sich geschäftsordnungsamäßig in der Weise, daß das an

Staatlichem Kommando etwa? Und die — die nennen ihn einen geschäftlichen „Rechtsanwalt“?

Su brech es beinahe umgekehrt aus ihr hervor: „Er ist ein Edelweiss — ein Dummkopf, ein nichtvermögender „Rechtsanwalt“! Er ist ein fahber. Auf dies herrliche „Rechtsanwalt“ zu kommen!

Er hat ihr kein Stern, und sie haben ihn an, obwohl sie offenbar noch nicht recht verstanden, was er eigentlich vorhatte. So nämlich bestimmt und soll so ruhig, selbstverständlicher „Rechtsanwalt“ sein, nicht weniger seine letzten Worte gesprochen, daß sie es nicht einmal mehr verstehen, was er eigentlich vorhatte.

fehlt von sonst so unerwartlichen Mre. Giltent nur für einen Augenblick ein wenig aus der Fassung zu bringen schien.